

Die internationale Kommission für die Verifizierung der Humanitären Rechte in Kolumbien hat dem Europäischen Parlament einen Bericht vorgelegt und in einer Presskonferenz vorgestellt. In dem hier vorgestellten Artikel kommt nicht klar zum Ausdruck, dass die Kommission von der Vereinigten Linken im Europaparlament gebildet wurde, also nicht für das gesamte Parlament spricht. Die Aussagen sind an manchen Stellen politisch überspitzt, treffen jedoch einen wunden Punkt.

EL ESPECTADOR berichtet am 12.2.2018 darüber, wobei angesichts der Materie die Angabe von Prozentbruchteilen nicht als Ausweis von Genauigkeit angesehen werden sollte:

Nur 18,5% des Friedensabkommens mit der FARC wurden bisher erfüllt

„Die Regierung hat bisher nur 12 der 34 Maßnahmen in Angriff genommen, die für das erste Jahr des Friedensprozesses vereinbart waren“, erklärte der Koordinator des Berichts Joaquín Sánchez in einer Pressekonferenz im Europaparlament. An dem Dokument, das nach einem Besuch in Kolumbien im März 2017 erstellt wurde, wirkten Vertreter politischer Parteien und sozialer Organisationen aus Deutschland, Belgien, Italien und Spanien mit. (A.d.Ü.: Es handelte sich um Vertreter der Vereinigten Linken im Europaparlament)

Unter anderem heißt es in dem Text, dass nur 4 der 40 vereinbarten Gesetze oder Gesetzesreformen verabschiedet wurden und dass auch von diesen nicht alle angewendet würden, wie z.B. das Amnestiegesetz für Gefangene, die mit der FARC verbunden waren. Zudem „gibt es Beschränkungen des Agierens der Vereinten Nationen, die lediglich die Einstellung der Feindseligkeiten und die Waffenübergabe überwacht haben, anstatt eine Friedensmission einzurichten, welche die Einhaltung der Menschenrechte verifizieren sollte. Wir halten es für erforderlich, baldmöglichst eine zweite Phase einzuleiten, in der eine wirkliche UN-Friedensmission mit umfassenderen Aufgaben eingerichtet wird, die sich auch dieser Aufgabe der Verifizierung widmen muss“.

„Nur 5% der Maßnahmen zur Agrarreform wurden verwirklicht, 19% der zur Herstellung politischer Beteiligung notwendigen Maßnahmen und 33% der Zusagen über das Ende des Konflikts“, behauptete Sánchez, der hervorhob, die FARC „hält den Waffenstillstand ein“.

Gerade am vergangenen Wochenende hatte die Partei FARC angekündigt, ihre Wahlkampagne zu unterbrechen wegen des „Fehlens von Garantien“, eine Situation, die nach Sánchez` Worten „an die Unión Patriótica erinnert, die von paramilitärischen Gruppen praktisch ausgelöscht wurde“.

Der MdEP der Vereinigten Linken Javier Couso, der an der Erstellung des Berichts teilgenommen hatte, wies darauf hin, „allein im Laufe des Jahres 2018 mehr als 80 soziale Aktivisten und Gewerkschafter ermordet worden“ seien.

„Die EU spielt eine sehr wichtige Rolle als Begleiterin des Friedensprozesses und muss von der Regierung Kolumbiens die Auflösung des Paramilitarismus fordern“, versicherte Couso, der der Ansicht ist, dass „es Kreise gibt, die alles tun, damit der Friedensprozess scheitert“.

Laut dem Bericht fehlt es an politischem Willen der Regierung, Prozesse einzuleiten zur Zerschlagung des Paramilitarismus, welche im Friedensabkommen festgehalten sind: „Es ist schwierig, Frieden herzustellen, wenn kein fester Wille besteht zur Zerschlagung von Strukturen, die den Friedensprozess bedrohen und die sich aus illegalem Abbau von Bodenschätzen und Drogenhandel finanzieren“.

Besonderen Bezug nimmt der Bericht auf die Anzeigen, die von einer Friedensinitiative in der Stadt San José der Apartadó erfolgten als Reaktion auf Drohungen durch paramilitärische Gruppen, in vielen Fällen in Gegenden, aus denen die FARC sich im Laufe des Friedensprozesses zurückzog.

„Trotzdem behält die Regierung ihre Negierung des paramilitärischen Phänomens bei, indem sie diese als „kriminelle Banden“ einstuft und sich somit nicht mit der realen Dimension des Problems beschäftigt“.

Der Koordinator des Solidaritätsnetzes in San José de Apartadó, Frans van Olmen, bemerkt, dass bisher lediglich 20% der Verfahren zur Rückübergabe von Ländereien, welcher sich die Paramilitärs bemächtigt hatten, an die legitimen Eigentümer eingeleitet wurden, obwohl der Friedensvertrag dies festlegt.

„Die EU muss auch die adäquate Verwendung der Gelder fordern, die sie Kolumbien als Zuschüsse überwiesen hat“, fordert van Olmen, der auch die Rolle europäischer Unternehmen kritisiert, die „Gewalt und Raub verursachen“.

Der flämische Aktivist merkt auch an, ihn „bedrücke die Tendenz von Entwicklungsagenturen, alle ihre Finanzmittel über die Regierung zu leiten, eine Praxis, die sich als weniger effizient erwiesen hat, als die Mittel direkt den Durchführern zuzuweisen“.

Der Vorstellung des Berichts wohnte mit Germán Graciano auch ein Vertreter der Friedensinitiative aus San José de Apartadó bei, der angab, dass ihm am 29. Dezember 2017 ein Mordversuch galt, ausgeführt von der paramilitärischen Gruppe „Autodefensas Gaitanistas“.

„Der Frieden, der heute herrscht, ist nur ein verbaler Frieden, der Regierung fehlt es an Sensibilität, um die Ungerechtigkeit gegenüber der Zivilbevölkerung zu stoppen und den Konflikt Geschichte werden zu lassen“, versicherte Graciano.

Kommunen wie San José de Apartadó und weitere hatten sich im Konflikt zwischen FARC und Regierung für neutral erklärt und auf ihrem Gebiet keinerlei Präsenz von Militär, Paramilitär oder Guerrilla geduldet.

Obwohl feststeht, dass Begleitung und Unterstützung der internationalen Gemeinschaft für die Umsetzung des Friedenabkommens von grundlegender Bedeutung sind, hat die Kommission eher den Eindruck, während der Verhandlungen in Havanna habe großes Interesse seitens der internationalen Gemeinschaft geherrscht, das jedoch nach der Unterzeichnung des Abkommens nachgelassen habe.

„Die Kommission ist der Auffassung, dass eine bessere Kontrolle der internationalen Gemeinschaft über das Handeln europäischer und anderer Firmen, die wirtschaftliche Interessen in Kolumbien haben und die immer häufiger zu Verursachern von Gewalt und Raub werden. Die europäischen Regierungen müssen die Verantwortung für dieses Handeln ihrer Unternehmen und seine sozialen und umweltbezogenen Folgen übernehmen“.

Der Bericht drückt ferner die Befürchtung aus, die politische und finanzielle Unterstützung aus Europa für Friedens- und Menschenrechtsgruppen könnte reduziert werden.